



Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	142
<b>Haftung des Steuerberaters</b> – Verjährung des Regreßanspruches, § 68 StBerG (OLG Celle Ur.t.v. 15. 4. 1987 – 3 U 16/87)	143
<b>Haftung des Steuerberaters</b> – Buchführungsauftrag (OLG Düsseldorf Ur.t.v. 5. 5. 1988 – 18 U 289/87)	146
<b>Haftung des Treuhänders</b> – Rechtsprechungsänderung zur Grunderwerbssteuerfreiheit – Anmerkung (OLG Frankfurt Ur.t.v. 27. 1. 1988 – 21 U 201/86)	150
<b>Haftung des Steuerberaters</b> – Auftrag zur Beantragung der Investitionszulage (LG Arnberg Ur.t.v. 2. 5. 1988 – 5 S 260/87)	155
<b>Haftung des Steuerberaters</b> – Buchführungsmandat – Verwerfen der Buchführung (LG Berlin Ur.t.v. 2. 12. 1987 – 30 O 214/87)	157
<b>Haftung des Steuerberaters</b> – Bindung der Beratungsaufgabe an die vorgegebenen Verträge (LG Oldenburg Ur.t.v. 20. 5. 1988 – 6 O 570/88)	159

## GI Leitsätze

### Nachträgliche Berichtigung einer Steuererklärung, § 173 AO

Es liegt kein grobes Verschulden i. S. des § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO vor, wenn ein Stpfl. es unterläßt, rechtzeitig Werbungskosten geltend zu machen, weil er den Beleg darüber in einer Krisensituation aus verständlichen Gründen verlegte, somit den entstandenen Aufwand nicht zur Kenntnis nahm und auch später nicht ohne weiteres aus den Umständen auf seine Existenz schließen konnte.

(FG Berlin Urt. v. 24. 3. 1987 – VII 100/86, EFG 1987, 594)

**Anmerkung:** Der Steuerpflichtige – ein Bilanzbuchhalter – befand sich in einer „angespannten Krisensituation“. Dabei übersah er Zinsbescheinigungen in Höhe von DM 10.000,–, die er nicht zu seinen anderen steuerlich relevanten Belegen legte. Das FG hat kein grobes Verschulden gesehen in

- dem Verlegen des Beleges;
- dem Vergessen, daß ein solcher Beleg existiert und
- daß es ihm – nach Beruhigung der Krisensituation – nicht auffiel, daß ein solcher Beleg fehlte (übrige Werbungskosten betrugen DM 34.000,–);
- der Nichtgeltendmachung der Werbungskosten im Einspruchsverfahren, da er weiterhin von der Existenz des Belegs nichts wußte.

### Berichtigung, § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO

#### Sorgfaltspflichten des Mandanten und des Steuerberaters

1. Mit der tatbestandlichen Voraussetzung fehlenden groben Verschuldens knüpft § 173 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO 1977 an Sorgfaltspflichten des Steuerpflichtigen an, durch deren Verletzung die Tatsachen oder Beweismittel erst nachträglich bekanntwerden. Als solche Sorgfaltspflichten kommen insbesondere die Erklärungspflichten des Steuerpflichtigen in Betracht.
2. Beauftragt der Steuerpflichtige mit der Erstellung des Jahresabschlusses und der Steuererklärung einen steuerlichen Berater, muß auch dieser sich um eine sachgerechte und gewissenhafte Erfüllung dieser Erklärungspflichten bemühen.
3. Der steuerliche Berater hat, wenn er Mitarbeiter zur Vorbereitung des Jahresabschlusses und der Steuererklärung einsetzt, Sorgfaltspflichten hinsichtlich der Auswahl seiner Mitarbeiter, der Organisation der Arbeiten in seinem Büro und der Kontrolle der Arbeitsergebnisse der Mitarbeiter.

(BFH Urt. v. 26. 8. 1987 – I R 144/86 STEUER-TELEX 0314 = LEXinform 0081061)

### Prozeßkostenhilfe/Beschwerdefrist

Anders als im Zivilprozeß ist im Steuerprozeß die Beschwerde gegen den die Prozeßkostenhilfe ablehnenden Beschluß des FG fristgebunden.

(BFH Beschl. v. 1. 7. 1987 II B 59/87 BFH NV 1988, 49)

**Anmerkung:** Die Beschwerdefrist beträgt zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung, § 129 Abs. 1 FGO





## Haftung des Steuerberaters

– Verjährung des Regreßanspruches, § 68 StBerG

(OLG Celle Ur. v. 15. 4. 1987 – 3 U 16/87)

### Leitsatz (d. Verf.):

Die Verjährungsfrist von Regreßansprüchen gegen Steuerberater gem. § 68 StBerG beginnt mit Bestandskraft der schädigenden Steuerfestsetzung. Auf den Zeitpunkt einer späteren Betriebsprüfung kommt es für den Verjährungsbeginn nicht an (abweichend: BGH GI 1986, 27 = WM 1986, 261 = DStR 1986, 200).

### Aus den Gründen:

Dem Beklagten ist zwar bei der Fertigung der Steuererklärung für das Jahr 1979 ein Fehler unterlaufen, als er die Vorsteuer von den Betriebsausgaben des Klägers abzog. Dieser Fehler führte zu einer nicht gerechtfertigten Steuermehrbelastung in Höhe der Klageforderung.

Der Durchsetzung eines Schadenersatzanspruches des Klägers steht jedoch die von dem Beklagten erhobene Einrede der Verjährung entgegen. Gemäß § 68 StBerG beträgt die **Verjährungsfrist 3 Jahre und beginnt mit der Entstehung des Anspruchs. Auf den Zeitpunkt der Kenntniss des Geschädigten kommt es nicht an.** Grundsätzlich beginnt die Frist zu laufen mit Bestandskraft des Steuerbescheides, aus dem sich der Schaden ergibt (Späth, Anm. B 10103 zu § 68 StBerG). Der Steuerbescheid für das Jahr 1979 datiert vom 5. 3. 1981 und ist durch Bescheid vom 4. 1. 1982 abgeändert worden. Der Schaden des Klägers ist deshalb jedenfalls zum Zeitpunkt der Bestandskraft des zweiten Steuerbescheides, also im Februar 1982, eingetreten. Zum Zeitpunkt der Klageerhebung im August 1986 war deshalb die dreijährige Verjährungsfrist bereits abgelaufen.

Der Umstand, daß der Fehler des Beklagten erst bei der im Mai/Juni 1985 durchgeführten Betriebsprüfung aufgedeckt wurde, die mit der Abschlußbesprechung vom 22. Juni 1985 endete, ändert am Ablauf der Verjährungsfrist nichts. Zwar **beginnt die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen einen Steuerberater aus Fehlern, die durch eine Betriebsprüfung aufgedeckt und deretwegen Steuern nacherhoben worden sind, erst mit der Schlußbesprechung** über das Ergebnis der Außenprüfung (BGHZ 73, 363). Dann nämlich ist der Schaden des Steuerpflichtigen zum Zeitpunkt des Erlasses des Steuerbescheides nur angelegt. Erst dann,

wenn etwaige Fehler des Steuerberaters bei einer Außenprüfung aufgedeckt werden und die Steuerbehörde aus diesem Grund den steuerlichen Tatbestand erneut aufgreift, wirkt sich die mangelhafte Arbeit des Steuerberaters für den Mandanten nachteilig aus und belastet ihn fühlbar (BGH a.a.O., 367). Diese Grundsätze hat der Bundesgerichtshof zunächst nicht angewendet auf die Fälle, in denen infolge der fehlerhaften Steuererklärung bereits bei der vorläufigen Festsetzung der Einkommenssteuer eine vermeidbare steuerliche Mehrbelastung entstanden ist und die Außenprüfung etwa nicht den Schaden herbeigeführt, sondern ihn teilweise beseitigt hat (BGH GI 8/82 = WM 82, 367, 368; WM 1982, 962). Diese Auffassung hat der Bundesgerichtshof allerdings aufgegeben (BGH GI 1986, 27 = WM 1986, 261). **Auch wenn im Falle der Betriebsprüfung erst mit deren Abschluß feststeht, ob es bei einer vermeidbaren Steuermehrbelastung bleibt, sei erst dann der Schaden entstanden im Sinne von § 68 Steuerberatungsgesetz.** Ob nämlich als Ergebnis einer Betriebsprüfung die Steuerbelastung endgültig herauf- oder aber endgültig herabgesetzt wird, sei für die Frage der Endgültigkeit des Schadens gleichgültig. In beiden Fällen ergäbe sich erst aus der endgültigen Festsetzung der Steuerbelastung aufgrund der Prüfung, daß und welche Fehler des Steuerberaters zur (erstmaligen oder verbliebenen) vermeidbaren Steuermehrbelastung geführt haben (BGH a.a.O., 263).

Der Senat ist im Zweifel, ob dieser letztgenannten Auffassung zu folgen ist. Wenn nämlich aufgrund eines Fehlers des Steuerberaters der Steuerbescheid bestandskräftig wird, mit dem eine materiell ungerechtfertigte Steuermehrbelastung des Steuerpflichtigen festgesetzt wird, so dürfte bereits zu diesem Zeitpunkt der Schaden des Steuerpflichtigen im Sinne des § 68 StBerG entstanden sein. Denn **ein Schaden ist immer dann gegeben, wenn sich die Vermögenslage des Geschädigten infolge des schädigenden Ereignisses verschlechtert hat** (BGHZ 73, 365). **Die Vermögenslage des Steuerpflichtigen hat sich aber allemal dann verschlechtert, wenn er den – materiell ungerechtfertigten – Steuermehrbetrag gezahlt hat.** Die bloße Möglichkeit, daß durch eine spätere Betriebsprüfung der Schaden festgestellt wird und entweder die zuviel gezahlten Beträge zurück-erstattet werden – wodurch der Schaden, abgesehen von weiteren Zins-schäden, nachträglich entfielen – oder aber festgestellt wird, daß der Steuerbescheid nicht mehr rückgängig gemacht werden kann – wodurch der Schaden endgültig würde – kann keinen Einfluß auf die Tatsache haben, **daß der Schaden bereits jedenfalls mit Zahlung des überhöhten Steuerbetrages für den Steuerpflichtigen entstanden war**, zumal es völlig ungewiß ist, wann überhaupt eine Betriebsprüfung durchgeführt wird und zu welchem Ergebnis sie führt (BGHZ 73, 367).

Für den vorliegenden Fall kann indessen dahingestellt bleiben, ob der Entscheidung BGH GI 1986, 27 = WM 86, 261 zu folgen ist. Denn **auch nach dere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist nur dann der Zeitpunkt einer Betriebsprüfung für den Verjährungsbeginn von Bedeutung, wenn erst aufgrund der Betriebsprüfung festgestellt wird, ob ein Schaden endgültig eingetreten ist oder nachträglich noch beseitigt werden kann.** Diese Bedeutung hatte im vorliegenden Fall die Betriebsprüfung aus dem Jahre 1985 nicht. Zwar hat der Kläger lediglich vorgetragen, daß das Finanzamt nicht bereit war, die früheren Bescheide abzuändern; nicht vorgetragen ist, aus welchen Gründen eine Abänderung der früheren Bescheide unterblieb. Hierfür kommen jedoch nur zwei Gründe in Betracht: Entweder berief sich das Finanzamt auf den Ablauf der vierjährigen Festsetzungsfrist gemäß § 169 Abs. 2 Nr. 2 AO, der zum 1.1.1984 eingetreten war; oder aber eine Neufestsetzung unterblieb im Hinblick auf § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO, weil der offensichtliche Fehler des Beklagten, den sich der Kläger gegenüber dem Finanzamt zurechnen lassen mußte (Hübschmann/Hepp/Spitaler, Anm. 44 b zu § 173 AO), den Vorwurf groben Verschuldens begründete. In beiden Fällen war die Betriebsprüfung ohne Einfluß auf den Schaden des Klägers, der bereits vor der Betriebsprüfung endgültig geworden war.

Das bedeutet, daß der Kläger tatsächlich zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, an sich berechnigte Ansprüche gegen den Beklagten durchzusetzen. Zunächst hatte der Kläger keine Kenntnis von dem Fehler des Beklagten. Als der Kläger Kenntnis erlangte, war sein Anspruch bereits verjährt. Dieses – aus der Sicht des Klägers möglicherweise unbillige – Ergebnis erklärt sich jedoch aus der einhelligen Auffassung, daß **die Unkenntnis des Schadens und damit des Anspruchs den Beginn der Verjährungsfrist grundsätzlich nicht hindert** (BGHZ 73, 365 m.w.N.).

Es besteht auch kein unverjährter sekundärer Schadenersatzanspruch des Klägers. Zwar entstand der Anspruch des Klägers solange immer wieder neu, wie noch das Vertragsverhältnis zum Beklagten fortbestand und eine Berichtigung des ergangenen falschen Steuerbescheides noch möglich war (BGH GI 8/82 = WM 82, 368). **Das Vertragsverhältnis erlosch jedoch bereits im Jahre 1980, so daß auch sekundäre Schadenersatzansprüche im Zeitpunkt der Klageerhebung verjährt waren.**

## Haftung des Steuerberaters

– Buchführungsauftrag

(OLG Düsseldorf Urf.v. 5.5.1988 – 18 U 289/87)

### Leitsätze:

1. Hat ein Gastwirt einen Steuerberater mit der Buchführung beauftragt, so verletzt der Steuerberater seine Pflichten, wenn er
  - a) die Tagessummenbons der Registrierkasse nach der in monatlichen Abständen erfolgenden Verbuchung vernichtet,
  - b) den Gastwirt nicht auf die Notwendigkeit der Aufbewahrung der Bon-Bücher, täglichen Abrechnungen, Durchschriften der Ausgangsrechnungen und Eigenverbrauchsbelege hinweist.
2. Hat der Steuerberater Belege vernichtet, so kommt bei der Schätzung des Schadens des Mandanten eine entsprechende Anwendung von § 444 ZPO in Betracht.

### Aus den Gründen:

Das Rechtsverhältnis zwischen den Parteien ist als Dienstvertrag (§ 611 BGB) zu qualifizieren, nachdem der Beklagte nicht mit der Erstellung von jeweils einzelnen Arbeitsergebnissen (z.B. Jahresabschluß) beauftragt worden ist, sondern die Klägerin und ständig in allen steuerlichen Angelegenheiten unter Einschluß laufender Buchhaltungsarbeiten zu beraten und zu betreuen hatte (Palandt/Putzo, BGB, 47. Aufl., Einf. vor § 611, Anm. 2 a).

Positive Vertragsverletzung liegt vor, wenn der Beklagte die ihm aus dem Dienstvertragsverhältnis obliegenden Beratungspflichten gegenüber der Klägerin schuldhaft so schlecht erfüllt hat, daß der Klägerin dadurch ein Schaden entstanden ist (vgl.: Palandt/Heinrichs, BGB, 47. Aufl. § 276 Anm. 7 B a).

Die tatsächlichen Voraussetzungen für eine schuldhafte Verletzung von Beratungspflichten durch den Beklagten liegen vor (vom Landgericht offengelassen).

Die Klägerin leitet ihren Pflichtwidrigkeitsvorwurf gegenüber dem Beklagten – im Kern – aus zwei Vorgängen ab: Aus der Vernichtung von Kassenbelegen nach deren Erfassung im Kassenbuch und aus dem



fehlenden Hinweis darauf, daß die später von der Klägerin vernichteten Unterlagen (Durchschriften der Ausgangsrechnungen und Bon-Buch über den Eigenverbrauch) aus Nachweisgründen aufzubewahren seien. Beide Vorwürfe sind stichhaltig.

Hinsichtlich des **ersten Vorwurfes – Vernichtung von Kassenbelegen** – ist der Beklagte davon ausgegangen, daß das Finanzamt das von ihm, dem Beklagten, geführte Kasssenbuch als ausreichende Einnahmeaufzeichnung gelten lassen würde, und zwar auch nach Vernichtung der Ursprungsaufzeichnungen. Er hat in diesem Zusammenhang auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes verwiesen, wonach die Aufbewahrung von Einnahmursprungsaufzeichnungen bei Führung eines Kassensbuches nicht erforderlich sein soll.

Diese – auch jetzt noch vom Beklagten eingenommene – Auffassung begründet einen vorwerfbaren (schuldhaften) Pflichtverstoß. Die Handlungsweise des Beklagten ist nämlich nicht mit den Fällen vergleichbar, in welchen den Bundesfinanzhof die Vernichtung von Kassenbelegen für unschädlich gehalten hat. Der Bundesfinanzhof hat lediglich ausgesprochen, daß die Aufbewahrung von Einnahmursprungsaufzeichnungen dann nicht erforderlich sei, wenn deren Inhalt unmittelbar nach Auszählung der Tageskasse in das in Form aneinandergereihter Tageskassenberichte geführte Kassensbuch übertragen wird (Zitat aus dem Ur. v. 13. 7. 1971, BStBl 1971 II, S. 729, 730; vgl. weiter: Ur. v. 7. 7. 1977, BStBl 1978 II, S. 307, 309). Entscheidend kam es dem Bundesfinanzhof dabei auf die tägliche und unmittelbare Kassensbuchführung an. Das mit täglichem Abschluß geführte Kassensbuch tritt – anders ausgedrückt – mit Rücksicht auf die Unmittelbarkeit seiner Führung an die Stelle der zuvor – vorbereitend – gemachten Aufzeichnungen (z. B. Kassensbons).

Hier liegt der Fall jedoch anders. Es sind keine unmittelbaren Übertragungen des jeweiligen Tagesergebnisses in das geführte Kassensbuch erfolgt. **Die Kassenbelege sind vielmehr (vollständig) aufbewahrt worden, bis sie dem Beklagten – monatlich – übergeben und von ihm ins Kassensbuch eingetragen wurden.** Diese Handhabung ist den vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fällen nicht vergleichbar, es fehlt die – zum Ausschluß von Manipulationsmöglichkeiten geforderte – **tägliche** Kassensführung.

Es kommt hinzu, daß die Eigenart des von der Klägerin geführten Gaststättenbetriebes den Beklagten hinsichtlich der Einnahmenachweise zu besonderer Sorgfalt hätte veranlassen müssen. Gastwirtschaftsbetriebe fordern die Aufmerksamkeit der Steuerbehörden besonders heraus, weil bei ihnen die Unterdrückung von Einnahmen besonders leicht möglich ist. Das gilt verstärkt, wenn es sich – wie hier – um den Betrieb einer Nachtbar

handelt. Infolgedessen hätte der Beklagte auch von seinem Standpunkt aus jeden Anlaß gehabt, die ihm übergebenen, täglichen Unterlagen für die Kassenführung auf jeden Fall – zu Nachweiszwecken gegenüber dem Finanzamt – aufzubewahren (Tagesendsummenbons, Bon-Bücher, Abrechnungen des Geschäftsführers).

Ein (schuldhafter) Beratungsfehler des Beklagten liegt weiterhin darin, daß er die Klägerin nicht veranlaßt hat, die Unterlagen über die **Ausgangsrechnungen** (deren Durchschläge) und das **Bon-Buch über den „Eigenverbrauch“** aufzubewahren.

Die Klägerin hat hierzu vorgebracht, daß sie die Durchschriften der Ausgangsrechnungen und die Belege über den Eigenverbrauch (Bon-Buch) dem Beklagten „zur Verfügung angeboten“ habe, daß der Beklagte diese Aufzeichnungen jedoch nicht haben wollen. Das habe er damit begründet, daß er diese Unterlagen nicht benötige; da ohnehin 80 % des Umsatzes über Kreditkarten abgewickelt werde, habe er genügend Zusatzbelege. Diese Darstellung der Klägerin hat der Beklagte nicht ausdrücklich bestritten, sie ist folglich als zugestanden anzusehen (§ 138 Abs. 3 ZPO).

Aus der oben bereits geschilderten betrieblichen Eigenart des von der Klägerin betriebenen Geschäftes ergibt sich ohne weiteres, daß es zu Nachweiszwecken gegenüber dem Finanzamt unbedingt erforderlich war, auch die Unterlagen über den bargeldlosen Verkauf (Ausgangsrechnungen) und den sogenannten Eigenverbrauch (Schwund und kostenlose Getränkeabgabe) unbedingt aufzubewahren. Es war nämlich von vornherein abzusehen, daß eine finanzamtliche Betriebsprüfung sich mit besonderer Strenge gerade mit den Unterlagen zu dieser Art des „Verbrauches“ von eingekauften Waren befassen würde, und zwar mit Rücksicht auf die hier auf der Hand liegenden Manipulationsmöglichkeiten.

Wenn der Beklagte in dieser Situation – auch unaufgefordert – die Klägerin nicht zu einer Aufbewahrung der erwähnten Verbrauchsunterlagen angehalten hat, dann liegt darin ein (vorwerfbarer) Sorgfaltsverstoß.

Hinsichtlich des Schadeneintritts geht das Landgericht zu Unrecht davon aus, daß dieser von der Klägerin nicht hinreichend dargelegt worden sei. Dieser Fehler hat dann des weiteren dazu geführt, daß das Landgericht von einer gebotenen Beweisaufnahme abgesehen hat.

Das Landgericht hat zutreffend darauf hingewiesen, daß ein durch Steuernachzahlungen tatsächlich eingetretener Schaden nur dann vorliegt, wenn bei ordnungsgemäßer Versteuerung der wirklich erzielten

Gewinne keine Nachzahlungen fällig geworden wären, es vielmehr bei den ursprünglich – vor der Betriebsprüfung – festgesetzten Steuern verblieben wäre.

Gerade das hat aber die Klägerin behauptet. Sie hat nämlich erklärt, daß sie mit den vernichteten Unterlagen – also ohne die Pflichtverstöße des Beklagten – die Richtigkeit der vom Beklagten bilanzierten Einnahme hätte nachweisen können. Als Folge davon hätte sie – so führt sie weiter aus – die Kalkulationsdifferenzen aufklären können, insbesondere die Höhe des sogenannten Eigenverbrauchs. Die weiter vom Betriebsprüfer beanstandeten Punkte – Herkunft eines Festgeldguthabens, Geschäftsführerdarlehen – hätte sie sowieso aufklären können. Bei diesem hypothetischen Geschehensablauf, so behauptet die Klägerin, wäre jede Zuschätzung des Finanzamtes unterblieben (Beweis: Zeugnis Rechtsanwalt R., Sachbearbeiter B.; wohl auch: Zeugnis des Betriebsprüfers S.).

Diese Darlegungen der Klägerin sind deshalb ausreichend, weil sie sich – und zwar als Folge der Pflichtverstöße des Beklagten – in **Darlegungs- und Beweisnot** befindet. Nach der Vernichtung wichtiger Buchungsunterlagen liegt die Schwierigkeit auf der Hand, die Behauptung des Beklagten auszuräumen, wonach die Klägerin außerhalb der von ihm, dem Beklagten, verbuchten Einnahmen weitere Einnahmen gehabt haben soll (im Klartext: „schwarze“ Einnahmen). Der Beklagte dürfte deshalb gehalten sein, seinerseits die Anhaltspunkte darzutun und unter Beweis zu stellen, die ihn zu seiner Behauptung von zusätzlichen „Schwarzeinnahmen“ der Klägerin veranlassen.

Es kommt hinzu, daß in der Beweissituation der Klägerin die Frage zu prüfen ist, ob ihre Darlegungs- und Beweislast nicht mit Rücksicht auf die Pflichtverstöße des Beklagten zu erleichtern ist (entsprechende Anwendung von § 444 ZPO; vgl. auch BGH Ur. v. 3.12.1976 – VI ZR 183/76 –, BGHZ 72, 132 = MDR 1978, 1015). Letztlich bleibt auch die Möglichkeit einer Schadensschätzung (§ 287 ZPO) zu erwägen.

## Haftung des Treuhänders

- Rechtsprechungsänderung  
zur Grunderwerbssteuerfreiheit
- Anmerkung

(OLG Frankfurt Urt. v. 27.1.1988 – 21 U 201/86,  
WM 1988, 632 = NJW RR 1988, 618)

### Leitsatz:

Ein Treuhänder im Bauherrenmodell, der im Jahre 1981 gegenüber der in einem Prospekt angekündigten Grunderwerbsteuerfreiheit für den Erwerb einer Eigentumswohnung im Hinblick auf die Praxis der Finanzverwaltung keine Zweifel zum Ausdruck brachte, haftet einem Teilnehmer am Bauherrenmodell nicht aus Verschulden bei Vertragsschluß, wenn das Finanzamt im Jahre 1985 aufgrund der fortentwickelten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs Grunderwerbsteuer für den gesamten Herstellungsaufwand der Eigentumswohnung verlangt.

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Klausel im Treuhandvertrag, wonach der Treuhänder für den Eintritt der angestrebten steuerlichen Folgen keine Haftung übernehmen könne, stellt keine Haftungsfreizeichnung für den Fall der Verletzung von Treuhänderpflichten dar. Die Klausel stellt lediglich klar, daß eine Garantie für den Eintritt der Steuerfolgen nicht möglich ist.
2. Der Treugeber hätte sich durch einen Hinweis auf eine gewisse Unsicherheit bezüglich der Grunderwerbsteuerfreiheit nach Auffassung des Senats auch nicht davon abhalten lassen, eine Beteiligung am Bauherrenmodell zu zeichnen.
3. Zur Darlegung des Anspruchs auf Ersatz des negativen Interesses: Rückabwicklungsbegehren oder Ersatz des Minderwertes des Kaufgegenstandes.

### Aus den Gründen:

Ein Schadenersatzanspruch des Klägers ist auch nicht schon deshalb zu verneinen, weil der Treuhandvertrag eine **Klausel enthält, wonach der Treuhänder für den Eintritt der angestrebten steuerlichen Folgen keine Haftung übernehmen könne**. Hiermit wurde nur ausdrücklich klargestellt, daß die Beklagte zu einer Garantieübernahme nicht bereit war, für die sich im Text des Treuhandvertrags auch keine Anhaltspunkte fanden.

Die Beklagte hat sich durch diese Klausel nicht davon freigezeichnet, ihre Pflichten als Treuhänderin sorgfältig zu erfüllen (BGH vom 30.10.1987 in DB 1988, 176). Da keine Haftungsfreistellungsklausel vorliegt, erübrigt sich auch die Prüfung einer solchen Klausel an den Maßstäben des Gesetzes über Allgemeine Geschäftsbedingungen.

Die Beklagte hatte als Treuhänderin im Bauherrenmodell gegenüber ihren Treugebern, den Bauherren, **Beratungs-, Prüfungs- und Aufklärungspflichten**, die sich in gewissem Rahmen auch auf die Frage der Verwirklichung des steuerlichen Konzepts des Bauherrenmodells erstreckten, zumal die Beklagte als Steuerberatungsgesellschaft zu einer sachgerechten Beurteilung in der Lage war (s. hierzu u. a.: Koeble, Zur Haftung des Treuhänders bei Baumodellen, in Festschrift für Korbion (1986), S. 215 ff, insbes. S. 219 und S. 223, und aus jüngster Zeit: Kürschner, Eigenverantwortlichkeit des Bauherrn und Haftung des Treuhänders im Bauherrenmodell, ZfBR 1988, 2 ff [7]). Der Kläger meint in diesem Zusammenhang, die Beklagte hätte ihn bei der Vereinbarung seiner Beteiligung am Bauherrenmodell darauf hinweisen müssen, daß die Grunderwerbsteuerfreiheit, von der sowohl der Prospekt sprach als auch die Investitionsrechnung ausging, nicht sicher sei.

Der Senat ist jedoch der Auffassung, daß sich aus dem Unterlassen eines derartigen Hinweises keine Verpflichtung der Beklagten zum Schadenersatz aus dem Gesichtspunkt des Verschuldens bei Vertragsschluß oder der positiven Vertragsverletzung ergibt. Hierzu ist im einzelnen zu sagen: Bauherrenmodelle erschienen, vor allem in der Form des „Kölner Modells“, Anfang der siebziger Jahre auf dem Bausektor und erfreuten sich bald großer Verbreitung und Beliebtheit bei Personen, die – wie der Kläger – ein hohes Einkommen zu versteuern hatten. Sie boten die Aussicht, eine Immobilie unter Inanspruchnahme einkommensteuerlicher, umsatzsteuerlicher und grunderwerbsteuerlicher Vorteile zu erwerben. Der grunderwerbsteuerliche Vorteil wurde darin gesehen, daß der besteuerebare Tatbestand sich auf den Erwerb des bloßen unbebauten Grundstücks erstrecken sollte. Insoweit bestand zudem im Hinblick auf die beabsichtigte und dann durchgeführte Errichtung steuerbegünstigten Wohnraums nach den übereinstimmenden Ländergesetzen bis zum 31.12.1982 in der Regel die Möglichkeit, Befreiung von der Grunderwerbsteuer zu erhalten. Hierin wurde allgemein einer der Vorteile des Bauherrenmodells gegenüber dem Erwerb eines bebauten Grundstücks oder einer fertigen Eigentumswohnung gesehen, bei dem eine Befreiung nur möglich war, wenn es sich um ein Einfamilien- oder Zweifamilienhaus oder eine Eigentumswohnung handelte und innerhalb von fünf Jahren nach dem Erwerb eine Eigennutzung erfolgte, und bei dem bei Nichtbefreiung der gesamte

Kaufpreis für Grund und Boden und die Baulichkeiten die Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer bildeten.

Die **Praxis der Finanzverwaltung entsprach bis Mitte 1982 fast durchweg diesen grunderwerbsteuerlichen Vorstellungen des Bauherrenmodells.** Auch im vorliegenden Fall hat das Finanzamt F. am 18. 2. 1982 vorläufig Befreiung von der Grunderwerbsteuer erteilt, obwohl aus dem Grundstückskaufvertrag deutlich hervorging, daß auf dem Grundstück von einer Bauherrengemeinschaft Eigentumswohnungen gebaut werden sollten und der Kläger an einer Wohnung Sondereigentum erwerben wollte.

Der **Bundesfinanzhof** (2. Senat) hat diese bei Bauherrenmodellen geübte Praxis erstmals in seinem Urteil vom 21. 12. 1981 (DB 1982, 1602) **verworfen.** Er hat diese Rechtsprechung in weiteren Entscheidungen vom 23. 6. 1982 (DB 1982, 2443), 27. 11. 1982 (DB 1983, 159) und 18. 9. 1985 (DB 1985, 2435) ausgebaut. Diese Rechtsprechung beruht auf der Betrachtungsweise, daß die verschiedenen im Bauherrenmodell zu schließenden Verträge, insbesondere die Verträge über den Erwerb von Grund und Boden und über die nachfolgende Bebauung des Grundstücks eine rechtliche Einheit bildeten und daß es den am Bauherrenmodell Beteiligten nur auf das Ergebnis ankomme, eine fertige Immobilie zu erwerben. Der Bundesfinanzhof sieht deshalb die Gesamtkosten, die für den Erwerb der Immobilie aufgewandt werden müssen, als Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer an und läßt auch, wie insbesondere der Beschluß vom 18. 9. 1985 zeigt, Klauseln des Vertragsgeflechts, die den Anschein einer ins Gewicht fallenden Einflußnahme des „Erwerbers im Bauherrenmodell“ auf das Baugeschehen darstellen sollen, ins Leere gehen (vgl. Schellenberger, Bericht über die finanzgerichtliche Rechtsprechung zum Bauherrenmodell, JZ 1986, 575 ff; s. auch List in Anmerkung zum BFH-Beschluß vom 18. 9. 1985 in WM 1985, 2438: Verbale Verselbständigung des Grundstückskaufvertrages, die Vertragsklauseln über Einwirkungsmöglichkeit des Bauherrn laufen leer).

Der Bundesfinanzhof sieht sich mit dieser Rechtsprechung in Kontinuität zu früherer Rechtsprechung aus den Jahren 1974, 1979 und 1980. Diese früheren Entscheidungen hatten jedoch nicht Bauherrenmodelle zum Gegenstand, deren Besonderheit u. a. darin liegt, daß das Vertragsbündel eine formalrechtliche Trennung unterschiedlicher Verträge aufweist und an den Geschäften verschiedene Vertragspartner beteiligt sind. Diese Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zur Frage der Grunderwerbsteuer beim Bauherrenmodell erregte großes Aufsehen und löste in den Jahren 1982 und 1983 lebhafte Diskussionen aus (u. a. Hein in BB 1982, 1979; Dornfeld in DB 1983, 141; Pabst in DB 1983, 849). Die Finanzverwaltungen der

Länder haben auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs, wie sie sich in den Urteilen vom 21. 12. 1981 und 23. 6. 1982 darbot, in unterschiedlicher Weise reagiert. Während in Hessen der Hessische Minister der Finanzen in Erlassen vom 20. 12. 1982 und 20. 6. 1983 (DStR 1983, 514) anordnete, daß diese Rechtsprechung auf alle noch offene Fälle angewandt werden sollte – siehe den vorliegenden Fall –, ist es demgegenüber in den meisten Bundesländern zu Erlassen gekommen, wonach die Rechtsprechung „aus Gründen des Vertrauensschutzes“ auf bereits abgeschlossene Grundstückskaufverträge nicht angewandt und erst ab Inkrafttreten des neuen Grunderwerbsteuerrechts (1. 1. 1983) zugrunde gelegt werden sollte (z. B. Baden-Württemberg, DB 1982, 2669, Bayern, DB 1982, 2445, Nordrhein-Westfalen, DB 1983, 85).

Der Senat entnimmt aus der dargestellten Entwicklung, daß die Beklagte **im Dezember 1981 keine Verpflichtung hatte, den Kläger auf Unsicherheiten in der Beurteilung der Grunderwerbsteuerfrage hinzuweisen.** Wenn derartige Unsicherheiten für das Bauherrenmodell aus der bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs auch zu erkennen waren, so **konnte die Beklagte dennoch ihr Verhalten an der von der Finanzverwaltung bis dahin geübten Praxis ausrichten.** Auch der Kläger hat ausgeführt, daß die Finanzverwaltung keineswegs schon immer den Standpunkt vertreten haben, an dem Anfallen von Grunderwerbsteuern führe kein Weg vorbei. Zutreffend hat er bemerkt: „Wäre das die Haltung der Finanzverwaltung seit jeher und schon immer gewesen, so wäre es den Bauherrenmodellen schwerlich gelungen, eine solche Popularität zu erlangen.“ Angesichts des Umstandes, daß in den meisten Bundesländern die Finanzverwaltungen eine Übergangsregelung „aus Gründen des Vertrauensschutzes“ für notwendig hielten, vermag der Senat der Beklagten nicht den Vorwurf einer schuldhaften Pflichtverletzung zu machen. **„Der Treuhänder hat nicht für eine nachträgliche Änderung der Verwaltungspraxis einzustehen, die für ihn unvorhersehbar war“** (so Koeble, Festschrift für Korbion, S. 223 mit Hinweis auf BGH vom 27. 11. 1983 in GI 7/84 = WM 1983, 1387 = BB 1984, 93 = NJW 1984).

.....

Im übrigen ist der Senat der Auffassung, daß der Kläger auch dann dem Bauherrenmodell beigetreten wäre, wenn die Beklagte darauf hingewiesen hätte, daß die ständig geübte finanzamtliche Praxis nicht durch ein höchstrichterliches Urteil abgesichert war. Der Kläger hat zwar vorgebracht, er sei in erster Linie wegen der Grunderwerbsteuerfreiheit und der Rückvergütung der in den Herstellungskosten enthaltenen Mehrwertsteuer („Mehrwertsteueroption“) dem Bauherrenmodell beigetreten; ohne die Zusage der Grunderwerbsteuerfreiheit hätte er sich nicht in der

geschehenen Weise engagiert, die Behauptung der Beklagtenseite, er habe wegen Vorteilen im einkommensteuerlichen Bereich an dem Bauherrenmodell teilgenommen, sei abwegig. Der Senat hält diesen Vortrag für wenig überzeugend, wobei er nicht verkennt, daß die Beklagte bei Verletzung einer Aufklärungspflicht für die Nichtkausalität beweispflichtig wäre (ständige Rechtsprechung, aus jüngster Zeit BGH vom 19. 11. 1987 in WM 1987, 1456). Es erscheint dem Senat bei der Würdigung der Kausalitätsfrage im Rahmen des § 287 ZPO wesentlich wahrscheinlicher, daß der Kläger sich von der Beteiligung am Bauherrenmodell nicht durch einen Hinweis auf eine gewisse Unsicherheit bezüglich der Grunderwerbsteuerfreiheit hätte abhalten lassen.

Darüber hinaus ist ins Auge zu fassen, daß der Kläger **bei Vorliegen eines Verschuldens bei Vertragsschluß nur Ersatz des negativen Interesses verlangen** könnte. Er hätte nur einen Anspruch, so gestellt zu werden, wie er stünde, wenn er sich an dem Bauherrenmodell nicht beteiligt hätte. Das Begehren des Klägers läuft jedoch darauf hinaus, daß er das positive Interesse, nämlich Schadenersatz wegen Nichterfüllung einer vermeintlichen Garantiezusage verlangt. Ein **Rückabwicklungsverlangen** hat er nicht gestellt. Soweit er sich auf eine Entscheidung des BGH vom 25. 5. 1977 (BGHZ 69, 53 [56 ff] = WM 1977, 999 = NJW 1977, 1536 ff) beruft – in gleichem Sinn auch die spätere BGH-Rechtsprechung, jüngst BGH vom 16. 11. 1987 in WM 1987, 1466 – geht seine Argumentation fehl. Nach dieser Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kommt im Falle einer Haftung aus Verschulden bei Vertragsschluß dann, **wenn ein Käufer am Vertrag festhält, als ersatzfähiger Schaden auch derjenige Betrag in Betracht, um den der Erwerber den Gegenstand zu teuer erworben hat**. Der Erwerber erhält dann den Minderwert des Kaufgegenstandes ersetzt. Im vorliegenden Fall stellt der Anfall von Grunderwerbsteuer jedoch keinen Minderwert des erworbenen Wohnungseigentums dar, auch wenn dieser Erwerb dadurch im Ergebnis teurer wird. Die steuerliche Folge knüpft vielmehr – wenn auch unerwartet – an den Erwerb der nicht als minderwertig beanstandeten Eigentumswohnung an.

#### **Anmerkung:**

Zu den **Aufgaben eines Treuhänders im Bauherrenmodell** verweisen wir auf die Entscheidung des BGH vom 19. 11. 1987, GI 1988, 55 m.w.H. und auf das Urteil des OLG Köln vom 6. 11. 1987, GI 1988, 41 m.w.H.

Zur **Belehrungspflicht des Treuhänders über Risiken der geplanten Steuerkonzeption** finden sich interessante Hinweise auch in dem Urteil des OLG München vom 23. 4. 1986, GI 1987, 135, rechtskräftig nach Nichtannahme der Revision durch BGH-Beschluß vom 8. 12. 1986.



Grundlegend für die Frage, ob **Versicherungsschutz aus der Steuerberaterhaftpflichtpolice** für Treuhandtätigkeiten des Steuerberaters besteht, ist das Urteil des OLG München vom 30.1.1987 GI 1988, 66, rechtskräftig nach Nichtannahme der Revision durch BGH-Beschluß vom 25.11.1987.

## Haftung des Steuerberaters

– Auftrag zur Beantragung der Investitionszulage  
(LG Arnsberg Urt.v. 2.5.1988 – 5 S 260/87)

### Leitsatz (d. Verf.):

Der Steuerberater ist zur Beantragung einer Investitionszulage nur dann verpflichtet, wenn er hierzu einen ausdrücklichen Auftrag erhält.

### Aus den Gründen:

Gegenüber dem auch in der Höhe unstreitigen Honoraranspruch des Klägers steht dem Beklagten kein Schadenersatzanspruch aus dem Steuerberatungsvertrag zu, den die Parteien abgeschlossen hatten.

Im Rahmen der von dem Beklagten gewünschten Investitionszulage hätte der Kläger nur aufgrund eines ausdrücklichen Auftrages tätig zu werden brauchen.

Die Beantragung einer Investitionszulage gehört nicht zu den typischen Steuerberatungstätigkeiten aus §1 Abs. 1 Nr. 1 StBerG. Nach dieser Vorschrift umfaßt die Hilfeleistung in Steuersachen u. a. die Hilfe in Angelegenheiten, die durch Bundesrecht geregelte Steuern und Vergütungen betreffen, soweit diese durch Bundes- oder Landesfinanzbehörden verwaltet werden. Die Investitionszulage ist aber keine Vergütung im Sinne dieser Vorschrift. Vergütungsansprüche beziehen sich in der Regel auf die Rückgewähr von entrichteten Abgaben, in jedem Fall setzen sie ein Abgabenschuldverhältnis voraus, aus dem sie entstanden sind. Daran fehlt es bei der Investitionszulage. Diese ist ihrer Rechtsnatur nach eine Subvention (vgl. Bundesverwaltungsgericht NJW 85, 1972).

Auch aus Ziffer 5 des §1 Abs. 1 StBerG ergibt sich nichts anderes. Zwar ist danach das Steuerberatungsgesetz auch anzuwenden auf die Hilfeleistung in sonstigen von Bundesfinanzbehörden oder Landesfinanzbehörden verwalteten Angelegenheiten, soweit für diese durch Bundes- oder Landesgesetz der Finanzrechtsweg eröffnet ist. Bei der Frage der

Investitionszulage sind jedoch vom Grunde her zwei Rechtswege eröffnet. Soweit es um die Bescheinigung der Wirtschaftsbehörde über die Gewährung von Investitionszulagen geht, ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben, wenn die Bescheinigung versagt wird. Andererseits ist der Finanzrechtsweg gegeben, wenn es um die Wirksamkeit von Verwaltungsakten der Finanzbehörde geht.

Auch aus dieser doppelten Regelung heraus läßt sich kein Anspruch des Beklagten auf ein Tätigwerden des Klägers auch ohne einen besonderen Auftrag herleiten.

Daß er dem Kläger einen besonderen Auftrag erteilt hat, hat der Beklagte nicht bewiesen. Der Kläger hat zwar anläßlich seiner Parteivernehmung eingeräumt, daß über die Investitionszulage gesprochen worden sei. Anhaltspunkte dafür, daß der Beklagte dem Kläger den konkreten Auftrag erteilt hat, tatsächlich in dieser Richtung für ihn tätig zu werden, ergeben sich jedoch nicht. Der Beklagte ist nach einem unverbindlichen Gespräch über die Investitionszulage nicht weiter tätig geworden, insbesondere hat er den Kläger nicht erneut auf den von ihm beabsichtigten Antrag zur Investitionszulage hingewiesen. Da es für den Beklagten jedoch erkennbar auf die Gewährung einer Beihilfe ankam, hätte es nahegelegen, daß er sich intensiv um den Antrag gekümmert hätte.

Die Beeidigung des Klägers anläßlich seiner Parteivernehmung konnte unterbleiben, da auch seine uneidliche Bekundung ausreicht, um der Kammer die Grundlage für ihre Entscheidung zu geben (vgl. Baumbach/Lauterbach, § 452, 1).

Auch aufgrund sonstiger Umstände ist der Kläger nicht verpflichtet gewesen, für den Beklagten ohne Auftrag tätig zu werden. Als solche Umstände kommen lediglich die langjährige Steuerberater Tätigkeit für den Beklagten in Betracht sowie der Umstand, daß der Kläger bereits im Jahre 1982 eine Investitionszulage für den Beklagten beantragt hat. Aber auch wenn diese Tätigkeiten berücksichtigt werden, gehört die Tätigkeit bei der Investitionszulage nicht zu dem Berufsbild des Steuerberaters, so daß in jedem Fall ein besonderer Auftrag erforderlich gewesen wäre. Insoweit ist der Beklagte aber letztendlich beweisfällig geblieben.

## Haftung des Steuerberaters

– Buchführungsmandat

– Verwerfen der Buchführung

(LG Berlin Urt.v. 2.12.1987 – 30 O 214/87)

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Stellt die Betriebsprüfung Mängel in der Buchführung fest und kommt es deshalb zu Schätzungen, so hat der Mandant darzulegen, welchen Inhalt der dem Steuerberater erteilte Auftrag hatte und ob die Mängel dem Verantwortungsbereich des Steuerberaters zugeordnet werden können.
2. Der Auftrag zur Hilfeleistung bei der Erstellung einer ordnungsgemäßen Buchführung beinhaltet nicht die Aufgaben, die einem fest angestellten Buchhalter obliegen.

### Zum Sachverhalt:

Bei einer Betriebsprüfung wurden Mängel der Buchführung festgestellt. Der Buchführung wurde die Beweiskraft abgesprochen und eine Schätzung der Besteuerungsgrundlagen vorgenommen. Der Mandant ist der Auffassung, der Steuerberater sei für den Zustand der verworfenen Buchhaltung verantwortlich. Das Kassenbuch sei nicht ordnungsgemäß abgestimmt worden. Inventuren seien nicht ordnungsgemäß erstellt worden.

### Aus den Gründen:

Das Vorbringen der Kläger in der Klageschrift sowie in dem Schriftsatz vom 29. 9. 1987 reicht nicht aus, die Klage schlüssig zu begründen. Hierzu gehört, worauf bereits durch die Verfügung des Vorsitzenden vom 23. 9. 1987 hingewiesen worden ist, zunächst die Darlegung des vertragswidrigen und schädigenden Verhaltens der Beklagten. Dazu hätte zunächst unter Beweisantritt geschildert werden müssen, welchen Inhalt im einzelnen der der Beklagten erteilte Auftrag gehabt hat und wie sich die Beziehungen der Parteien konkret gestaltet haben.

Der Inhalt des einem selbständigen Steuerberater erteilten Auftrages beinhaltet nicht die Aufgaben, die einem fest angestellten Buchhalter obliegen. Letzterer hat gewöhnlich sämtliche Vorgänge zu bearbeiten, welche die Buchhaltung betreffen. **Ein Steuerberater baut dagegen auf Vorarbeiten – Grundaufzeichnungen – des Auftraggebers auf** und erledigt an Hand dieser seine Buchführungstätigkeit. In welchem Umfang er dabei den Auftraggeber entlastet, hängt von den getroffenen Vereinbarungen ab. Im vorliegenden Fall hätte daher im einzelnen ausgeführt

werden müssen, was die Parteien seinerzeit vereinbart haben und wie die Beziehungen gestaltet worden sind, z. B. ob vereinbart worden ist, daß die Buchführungsarbeiten der Kläger regelmäßig überwacht werden und daß diese zu diesem Zweck die Unterlagen in monatlichen oder längeren Abständen regelmäßig abliefern sollten. Gewisse Anhaltspunkte kann auch die Art und Weise der Vergütung bieten. Mangels jeglichen konkreten Vorbringens läßt sich im vorliegenden Fall nicht abgrenzen, welche Tätigkeiten die Kläger zu verrichten hatten und was in das Aufgabengebiet der Beklagten fiel.

Die vom Finanzamt festgestellten **Mängel betreffen zunächst die Kassenführung**. Diese oblag aber in jedem Fall den Klägern. Ferner wurden fehlende Inventuren per 31.12.1979 und 31.12.1981 beanstandet. Auch deren Erstellung ist eine Aufgabe, die nur von dem Auftraggeber erbracht werden kann. Ein Steuerberater kann allenfalls auf der Grundlage vorhandener ausreichender Aufzeichnungen Reinschriften fertigen. Hierzu ist er aber nur verpflichtet, wenn er dies ausdrücklich übernommen hat. Diese Frage kann im übrigen dahingestellt bleiben, denn das Finanzamt stellt ausdrücklich fest, daß nicht einmal per 31.12.1980, für den eine Inventurreinschrift vorlag, ausreichende Uraufzeichnungen vorhanden waren. Hinsichtlich der laufenden Erfassung der Kreditgeschäfte hat das Finanzamt seine Beanstandungen ausdrücklich darauf gestützt, daß die Schulden an Hand von Grundaufzeichnungen in ihrer Entstehung und in ihrer Abwicklung nicht verfolgt werden können. Diese Grundaufzeichnungen waren von den Klägern zu fertigen. Die weitere Beanstandung der Einlagen und Entnahmen beruht ebenfalls auf Vorgängen, die den Klägern anzulasten sind, da diese die entsprechenden Kassenbewegungen infolge unzureichender Belegaufbewahrung nicht eingetragen haben. Die Beanstandungen des Finanzamts richteten sich danach im wesentlichen gegen die Tätigkeit, die von den Klägern zu leisten wäre.

.....

Im vorliegenden Fall kommt noch hinzu, daß es auch zur Schadenhöhe an den erforderlichen Ausführungen fehlt.

Insbesondere läßt sich die Feststellung, daß die von dem Finanzamt festgesetzte Steuernachforderung auf der Verletzung von Pflichten beruht, welche die Beklagte wahrzunehmen hatte, nicht treffen. Hierfür hätten zunächst die Steuerbescheide vorgelegt und erläutert werden müssen. Die Unterlagen konnten aber nicht einmal in der mündlichen Verhandlung auf ausdrückliche Aufforderung überreicht werden. Daher ist es unmöglich nachzuprüfen, in welchem Umfang die Festsetzung von Nachzahlungen tatsächlich auf dem vom Finanzamt zuletzt nur noch geltend gemachten Unsicherheitszuschlag beruht. Für 1979 ist darauf verzichtet worden. In

den Jahren 1980 bis 1982 sind die Erlöse um 10.500,- DM bzw. 16.000,- DM bzw. 17.000,- DM, insgesamt um 43.500,- DM erhöht worden. Das erklärt Steuernacherhebungen von 37.941,24 DM nicht. Hinzu kommt noch, daß nach den eigenen Ausführungen der Kläger der Steuerberater R. die Buchführung der Jahre 1979 bis 1982 vollständig und fehlerfrei überarbeitet hat, und zwar nach den vorhandenen Unterlagen und Belegen. Geht man hiervon aus, ist das bestmögliche Ergebnis für die Kläger erzielt worden, das nach den vorhandenen Grundaufzeichnungen der Kläger und den von ihnen aufbewahrten Belegen möglich war. Es spricht nichts dafür, daß die Beklagte ein besseres Ergebnis hätte erzielen können.

## **Haftung des Steuerberaters**

- Bindung der Beratungsaufgabe an die vorgegebenen Verträge

(LG Oldenburg Urt.v. 20.5.1988 – 6 O 570/88)

### **Leitsätze (d. Verf.):**

1. Der Steuerberater ist bei Erledigung seiner Beratungsaufgaben an die vorhandenen Vertragsgestaltungen des Mandanten gebunden (hier: unentgeltliches Wohnrecht der Mutter)
2. Liegen keine Anhaltspunkte vor, wonach der unentgeltlich Wohnberechtigte bereit ist, für die Nutzung der Wohnung Miete zu zahlen, so hat der Steuerberater zu einer Vertragsänderung nicht zu raten.

### **Aus den Gründen:**

Die Klage ist unbegründet, ohne daß für diese Beurteilung noch eine Beweisaufnahme erforderlich wäre. Auch Hinweise zur Ergänzung des Parteivorbringens erübrigen sich, weil der wesentliche Sachverhalt, soweit er den Grund des Klageanspruchs betrifft, dem Gericht vollständig unterbreitet worden ist.

Der Kläger kann keinen Schadenersatz vom Beklagten verlangen. Denn dieser hat sich schon nach dem eigenen Tatsachenvortrag des Klägers keiner Verletzung des Steuerberatungsvertrages schuldig gemacht. Es mag zugunsten des Klägers unterstellt werden, daß nach den im November 1984 veröffentlichten Grundsätzen des Bundesfinanzministers es für den Kläger vorteilhaft gewesen wäre, wenn das unentgeltliche Wohnrecht seiner Mutter in ein Mietverhältnis umgewandelt worden wäre, und

daß diese Möglichkeit durch den Fristablauf zum 30.9.1985 verloren gegangen ist. Dazu hätte es, wovon auch der Kläger ausgeht, einer echten Änderung des Vertrages vom 30.12.1983 bedurft, der insbesondere bezüglich des dort beurkundeten unentgeltlichen Wohnrechts wirklich so gewollt war. Der Kläger hat aber unstreitig dem Beklagten jedenfalls innerhalb der Frist nicht mitgeteilt, daß seine Mutter bereit sei, abweichend von der getroffenen Regelung Miete für die Nutzung ihrer Wohnung an den Kläger zu zahlen. Dem steht nicht entgegen, daß in der Einkommensteuererklärung versucht worden ist, die Werbungskosten für das ganze Haus ohne Einschränkung von der Steuer abzusetzen. Unter diesen Umständen war der Beklagte nicht verpflichtet, **von sich aus zu einer Vertragsänderung der beschriebenen Art zu raten.**

Der Beklagte hatte **als Steuerberater von dem Sachverhalt auszugehen, wie er sich ihm darstellte.** Danach war zwischen dem Kläger und seiner Mutter bindend vereinbart worden, daß diese in dem ehemals ihr gehörenden Haus ein unentgeltliches Wohnrecht ausüben sollte. Eine Änderung dahin, daß die Mutter stattdessen gegen Mietzahlung zum Wohnen berechtigt sei, wäre von deren Zustimmung abhängig gewesen. Darin unterscheidet sich der vorliegende Fall von einer Sachlage, wo eine andere Vertragsgestaltung im Belieben des Steuerpflichtigen selbst steht oder sonst ohne ernsthafte Schwierigkeiten möglich ist. Für den Beklagten lagen aber keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, **daß die Mutter des Klägers ihre bessere Rechtsstellung aufgeben und sich mit einem Mietrecht begnügen wollte, nur damit ihr Sohn Steuern sparen konnte.** Der Beklagte hatte daher gar keinen Anlaß, Überlegungen in dieser Richtung anzustellen. Hätte er das dennoch getan, so hätte er vor der Gewissensfrage gestanden, ob er nicht durch einen entsprechenden Hinweis an den Kläger zur Steuerhinterziehung Vorschub leisten würde. Er hätte dann nämlich befürchten müssen, daß der Kläger und seine Mutter nur **zum Schein ein Mietverhältnis begründen** würden, um dem Kläger unrechtmäßige Steuervorteile zu verschaffen. Wegen dieser Gefahr war der Beklagte gehalten zu schweigen. Das Gericht will hiermit dem Kläger keineswegs unterstellen, daß dieser tatsächlich ein Scheingeschäft angestrebt habe und dem Beklagten habe ansinnen wollen, ihm zu einer ungesetzlichen Steuerverkürzung behilflich zu sein. Aber aus der Sicht des Beklagten, der nichts von der Bereitschaft der Mutter zur Mietzahlung und auch nichts von deren laufenden Zahlungen schon seit Anfang 1983 wußte, lag es nahe, daß ein Hinweis von ihm auf die Möglichkeit der Vertragsänderung zu einem Scheingeschäft mißbraucht werden konnte. Da Steuerberater sich im Rahmen der Rechtsordnung halten müssen und nur Ratschläge für erlaubte Steuervorteile geben dürfen, haben auch im Verhältnis zu ihren Mandanten die Beratungspflichten ihre Grenzen.

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

## (Heft 1 – 8, 1988)

<b>Abtretung</b>			
– des Steuererstattungsanspruchs	88,	50	
= geschäftsmäßige – § 46, 4 AO	88,	50	
= Vorausabtretung, § 3 AGBG	88,	94	(LS)
<b>Allgemeine Geschäftsbedingungen</b>			
– Abtretung v. Erstattungsansprüchen	88,	94	(LS)
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88,	122	
– Verjährungsfrist			
= bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88,	3	
<b>Anlageberatung</b>			
– Prüfung des Grundstückswerts	88,	76	(LS)
		88,	76 (LS)
– wirtschaftliche Risiken	88,	90	
	88,	79	
– Prognosen			
<b>Antrag</b>			
– Investitionszulage	88,	155	
<b>Anwaltsvertrag</b>			
– Ende des –	88,	61	
<b>Bauherrenmodell</b>			
– Aufgabengebiet des Treuhänders	88,	55	
– Beteiligung trotz steuerlicher Risiken	88,	150	
– objektbezogener StB			
= Abgrenzung zum persönlichen StB	88,	3	
– Schadenersatz, negatives Interesse	88,	150	
<b>Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA</b>			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit			
= über Ausgleichsanspruch, § 89 b HGB	88,	89	
= Kenntnis d. Steueraufhebungsbescheides	88,	106	
– Dauermandat und Einzelauskünfte	88,	95	
– Mandatsübernahme/Tod des Sozius	88,	94	(LS)
<b>Berichtigung, § 173 I, 2 AO</b>			
– grobes Verschulden			
= Belegverlust	88,	142	
= Krisensituation	88,	142	
= des Mandanten	88,	26	
– Zurechnung des Berater-Verschuldens	88,	26, 142	
= Mitarbeiter-Kontrolle	88,	142	
<b>Beschlagnahmeverbot § 97 StPO</b>			
– Buchhaltungsunterlagen	88,	63	
– Jahresabschluß	88,	63	
<b>Beweislast</b>			
– Buchungsfehler	88,	133	
– Kausalität	88,	95, 101	
= z. Pflichtverletzung und Schaden			
– Rückgabe von Mandantenunterlagen	88,	117	
– Schaden	88,	94	(LS)
= Aussichten d. Vorprozesses			
= Belegvernichtung d. StB	88,	146	
= Schätzungsschaden	88,	157	
– für Verhandlungsergebnis	88,	95, 100	
<b>Buchführungsauftrag</b>			
– Auftragsinhalt	88,	157	
– Belehrungspflichten			
= Belegaufbewahrung	88,	146	
– Ordnungsmäßigkeit der Buchführung			
= Belegaufbewahrung, Gastwirtsmandat	88,	146	
= Grundaufzeichnungen	88,	157	
<b>Buchhaltungsunterlagen</b>			
– Vernichtung, Schadendarlegung	88,	146	
<b>Dritthaftung</b>			
– Anwaltsvertrag	88,	100	
– stillschweigender Auskunftsvertrag	88,	9	
– Steuerberatungsvertrag mit OHG	88,	79	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	88,	54	(LS)
= Bilanz- und Kreditgeber	88,	76	(LS)
= Bilanz- und Konkursgläubiger			
<b>Gewinnausschüttung</b>			
– mit Mittelabfluß	88,	18	(LS)
<b>Haftungsbeschränkung</b>			
– auf grobe Fahrlässigkeit	88,	46	
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88,	122	
– wegen steuerlicher Folgen	88,	150	
– im Treuhandvertrag	88,	46, 150	
– Verjährungsfrist in AGB	88,	3	
<b>Herausgabepflicht des StB's</b>			
– Abholung/Übersendung	88,	2	
– Mandantenunterlagen	88,	2	
<b>Honoraranspruch des StB's</b>			
– Abschlußvorarbeiten, § 35 Abs. 3 StBGebVO	88,	83, 128	
– Anrechnung ersparter Kosten	88,	29	
– bei Annahmeverzug d. Mand. § 615 BGB			
= Umsatzsteuer	88,	29	
– Buchführungsmandat	88,	83	
– Minderung d. –	88,	128	
– sonstige Tätigkeit, § 33 Abs. 7 StBGebVO	88,	85	
<b>Investitionszulage</b>			
– Auftrag zur Beantragung d. –	88,	155	
<b>Kassenbuch</b>			
– Belegaufbewahrung	88,	147	
<b>Kausalität</b>			
– Beteiligung am Bauherrenmodell trotz Steuerisiko	88,	150	
– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	88,	36	(LS)
<b>Kenntnis des Steuerrechts</b>			
– Praxis d. Finanzverwaltung	88,	153	
– Rechtsprechungsänderung, Grunderwerbssteuer im Bauherrenmodell	88,	150	
<b>Klageauftrag</b>			
– Beschwerdefrist, Ablehnung der Prozeßkostenhilfe	88,	142	
– vorsorgliche Klage	88,	18	(LS)
<b>Konkurrenzverbot</b>			
– des angestellten RA	88,	2	
<b>Konkursverwalter, Haftung des –</b>			
– Regreßanspruch des Kommanditisten	88,	54	(LS)
– Steuerhaftung	88,	54	(LS)
<b>Kostenerstattung im Regreßprozeß</b>			
– Privatgutachten	88,	76	(LS)
<b>Kündigung des Mandats</b>			
– Rückgabe v. Mandantenunterlagen	88,	18	(LS)

<b>Notar</b>	
- Belehrungspflichten	
= über Sozialbindung	88, 86
- Verjährungsbeginn d. Amtshaftungsanspruchs	88, 18 (LS)
<b>Provisionsgeschäfte</b>	
- Herausgabepflicht der Provision	88, 60
- Verjährung des Herausgabeanspruchs	88, 60
<b>Prozeßkostenhilfe</b>	
- Beschwerdefrist	88, 142
<b>Rechtsanwalt</b>	
- Beratungspflichten	
= Kündigungsmandat und Ausgleichsanspruch, § 89 b HGB	88, 89
- Dritthaltung	88, 9
- Konkurrenzverbot	88, 2
<b>Rechtsberatung/Rechtsbesorgung</b>	
- Geltendmachung v. Schadenersatzanspruch	88, 108
- Sanierungsverhandlungen	88, 19
- durch Wp	88, 19
<b>Schaden</b>	
- Anwaltskosten zur Schadenabwendung	88, 32
- negatives Interesse, Kapitalanlage	88, 150
- Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung	88, 94 (LS)
- verlorener Prozeß	88, 94 (LS)
- bei unvermeidbarer Steuerzahlung	88, 94 (LS)
- Verschulden bei Vertragsabschluß	88, 154
- Zuschätzung, s. Schätzung, Schaden	
<b>Schätzung, § 162 AO</b>	
- Schaden	
= Darlegungs- und Beweislast	88, 31
<b>Sozietät</b>	
- Vertrag mit -	88, 94 (LS)
- Tod des Sozius/Mandatsübernahme	88, 94 (LS)
<b>Steuerberater</b>	
- Konkurs des -	88, 2
<b>Steuerberatungsgesetz</b>	
- § 1 Abs. 2 Nr. 2	
= Einrichtung der Fibu u. Lobu	88, 116 (LS)
- § 46 Abs. 3 Nr. 2	
= Konkurs des StB's	88, 2
<b>Steuerberatungsvertrag</b>	
- Dauermandat und Beratungspflichten	88, 95
- Investitionszulagenantrag	88, 155
- mit OHG	88, 79
- objektbezogene und persönliche Steuerberatung	88, 3
- Steuergestaltungsberatung	
= Scheingeschäfte z. Steuervermeidung	88, 160
= Vertragsänderungen	88, 160
= unentgeltliches Wohnrecht	88, 159
<b>Steuerhinterziehung</b>	
- Berufspflichtverletzung	88, 116 (LS)
- ESt-Vorauszahlung	88, 116 (LS)
- USt-Voranmeldung	88, 116 (LS)
<b>Testamentsvollstrecker</b>	
- Anlage von Nachlaßvermögen	88, 36 (LS)
<b>Treuhänder</b>	
- Abweichung von Prospektaussage	88, 41
- Aufhebung der Steuerbefreiung	88, 106
- Belehrung über steuerliche Risiken	88, 150
= einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung wird abgelehnt	88, 3
- Bonitätsgarantie statt Bankbürgschaft	88, 41
- Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen	88, 150
- Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46
- Kostendeckungslücke, Hinweispflicht	88, 46
- Pflichten des - im Bauherrenmodell	88, 55, 151
- Schadenersatz, negatives Interesse	88, 150
- Überwachung d. gewerbl. Zwischenmieters	88, 106
- Verjährung des Regreßanspruchs	88, 55
- Versicherungsschutz	88, 46, 66
<b>Unerlaubte Handlung</b>	
- vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
= prognostische Anlageberatung	88, 81
<b>Verjährung, § 51 BRAO</b>	
- unzulässige Rechtsausübung	88, 37, 61
- Sekundäranspruch, Frist	88, 37
- Verjährungsbeginn	
= Schadenentstehung und Mandatsende	88, 37, 61
<b>Verjährung, § 68 StBerG (§ 51 a WPO)</b>	
- Kenntnis des Fehlers u. d. Schadens	88, 145
- Verjährungsbeginn	
= Anlageberatung	88, 110
= Bestandskraft des Steuerbescheides	88, 143
= Betriebsprüfung	88, 143
= Grundsatz d. Schadeneinheit	88, 113
= Provisionsannahme u. Anlageberatung	88, 110
= Zahlung der Steuer	88, 144
= Zustellung d. Steuerschadens	88, 122
- bei Vertrag mit Mehrfachberufte	88, 55
<b>Verjährung, § 839 BGB - anderweitige Ersatzmöglichkeit</b>	
	88, 18 (LS)
- Verjährungsunterbrechung	
= durch Mahnbescheid	88, 122
<b>Verschulden</b>	
- Praxis d. Finanzverwaltung	88, 153
<b>Versicherungsschutz</b>	
- Nachbesserungskosten	88, 137
- Treuhandtätigkeit	88, 66
<b>Vorteilsausgleich</b>	
- wegen eingetretenen Steuervorteils	88, 77
<b>Wettbewerb/Mandantenschutz</b>	
- des angestellten RA	88, 11
<b>Wirtschaftsprüfer</b>	
- Berufsbild	88, 22
= Sanierungsverhandlungen	88, 22
= Treuhandtätigkeit	88, 55
- Rechtsberatung	88, 22
<b>Zurückbehaltungsrecht</b>	
- an Arbeitspapieren	88, 117
- Beweislast	88, 117
- Grundsatzurteil	88, 117
- an Hauptabschlußübersicht u. Umbuchungsliste	88, 117



# Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, wirtschafts- und steuerberatende Berufe



August 1988

Die Gerling - Konzern Rechtsschutz Versicherungs-AG meldet:  
=====

Zum Thema Vertrags-Rechtsschutz  
-----

Der Steuerberater benötigte gerichtliche Hilfe für die Durch-  
setzung seiner Gebührenrechnung von DM 34.257,82.

Der Mandant wandte ein, daß die Abrechnung überhöht sei. Im  
gerichtlichen Verhandlungstermin konnte eine vergleichsweise  
Erledigung erreicht werden, wonach der Mandant noch DM 25.000,--  
an den Steuerberater zu zahlen hatte.

An Versicherungsleistungen wurden insgesamt DM 4.628,-- erbracht.

(LG Nürnberg - 10 O 644/83)



BGH v. 3.12.1986 – IVa ZR 90/85 = ZIP 1987, 922	88, 36 (LS)	LG Berlin v. 2.12.1987 – 30 O 214/87	88, 157
BGH v. 18.2.1987 – IVa ZR 232/85 = VersR 1988, 178 = GmbHR 1987, 463 = EWiR § 64 GmbHG 2/87 (Welf Müller)	88, 76 (LS)	LG Darmstadt v. 9.9.1987 – 8 O 207/87	88, 9
BGH v. 2.7.1987 – IX ZR 94/86	88, 94	LG Detmold v. 4.12.1987 – 1 O 287/87	88, 54 (LS)
BGH v. 1.10.1987 – IX ZR 117/86	88, 100	LG Detmold v. 25.2.1988 – 3 O 215/87	88, 90
BGH v. 1.10.1987 – IX ZR 202/86 = WM 1988, 127	88, 37	LG Düsseldorf v. 22.10.1987 – 14 O 119/87	88, 31
BGH v. 7.10.1987 – IVa ZR 67/87 = StB 1988, 16 = WM 1987, 1557	88, 79	LG Düsseldorf v. 21.12.1987 – 1 O 132/87 = STEUER-TELEX 1016	88, 76 (LS)
BGH v. 4.11.1987 – IVa ZR 158/86 = WM 88, 26 = ZIP 88, 40 = EWiR Art. 1 § 5 RBERG 1/88, 185 (Chemnitz) = JZ 1988, 556 m. Anm. Zuck	88, 19	LG Heidelberg v. 13.11.1987 – 5 O 60/86	88, 46
BGH v. 5.11.1987 – IX ZR 86/86 = EWiR § 19 BNotO 1/88, 155 (Reithmann) = EWiR § 675 BGB 3/88, 349 (Borgmann) = WM 88, 342	88, 36 (LS)	LG Köln v. 5.1.1988 – 22 O 28/87	88, 110
BGH v. 19.11.1987 – VII ZR 39/87	88, 55	LG Köln v. 11.1.1988 – 20 O 246/87	88, 106
BGH v. 25.11.1987 – IVa ZR 162/86 = StB 1988, 166	88, 95	LG Oldenburg v. 20.5.1988 – 6 O 570/88	88, 159
BCH v. 26.11.1987 – IX ZR 162/86 = WM 1986, 166	88, 18 (LS)	LG Stuttgart v. 14.9.1987 – 10 Qs 53/87 = wistra 1988, 40	88, 63
= WuB IV A. § 675 BGB 2.88 Sturmhoebel		BFH v. 24.3.1987 – X R 9/80	88, 26
BGH v. 9.12.1987 – IVa ZR 204/86 = WM 1988, 220	88, 77	BFH v. 1.7.1987 – II B 59/87 = BFH NV 1988 I 49	88, 142
= WuB IV A. § 675 BGB 3.88 Sturmhoebel		BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86 = STEUER-TELEX 0314 = LEXinform 0081061	88, 142
BGH v. 4.2.1988 – IX ZR 20/87 = WM 1988, 457 = ZIP 1988, 315	88, 94	BFH v. 17.9.1987 – VII R 168/84 = BFH NV 1988, 9	88, 15
BGH v. 17.2.1988 – IVa ZR 262/86	88, 117	BFH v. 17.11.1987 – VII R 120/86 = Steuer-Telex 132 = LEXinform 0081033	88, 2
OLG Bremen v. 10.11.1987 – 1 U 56/87	88, 86	BFH v. 12.1.1988 – VII R 60/86 = Steuer-Telex 119 = LEXinform 0081292	88, 116 (LS)
OLG Celle v. 13.6.1986 – 44 StL 24/85	88, 18 (LS)	FG Baden-Württemberg v. 4.11.1987 – V K 433/83	88, 18 (LS)
OLG Celle v. 15.4.1987 – 3 U 16/87	88, 143	FG Berlin v. 24.3.1987 – VII 100/86 = EFG 1987, 594	88, 142
OLG Düsseldorf, 13.6.1985 – 8 U 212/84 = RBeistand 1987, 42	88, 2	OVG Münster Beschl. v. 21.2.1987 – XI B 43/87 = AnwBl. 1988, 172	88, 94 (LS)
OLG Düsseldorf v. 26.11.1987 – 18 U 97/87	88, 29		
OLG Düsseldorf v. 10.3.1988 – 18 U 174/87	88, 83		
OLG Düsseldorf v. 5.5.1988 – 18 U 289/87	88, 146		
OLG Frankfurt v. 5.11.1987 – 13 U 186/85 = NJW/RR 1988, 124	88, 54 (LS)		
OLG Frankfurt v. 27.1.1988 – 21 U 201/86 = WM 1988, 632 = NJW RR 1988, 618	88, 150		
OLG Hamm v. 25.2.1987 – 28 W 4/87	88, 61		
OLG Hamm v. 4.6.1986 – 25 U 61/85 = StB 1987, 211	88, 94 (LS)		
OLG Hamm v. 16.9.1987 – 27 W 38/87	88, 54 (LS)		
OLG Hamm v. 18.3.1988 – 25 U 103/87	88, 136		
OLG Koblenz v. 11.6.1987 – 1 Ss 198/87	88, 116 (LS)		
OLG Köln v. 16.10.1987 – 20 U 24/87	88, 3		
OLG Köln v. 16.10.1987 – 11 U 180/87	88, 2		
OLG Köln v. 6.11.1987 – 6 U 205/86	88, 41		
OLG Köln v. 9.3.1988 – 2 U 67/87	88, 128		
OLG München v. 30.1.1987 – 21 U 3798/86	88, 66		
OLG München v. 14.1.1988 – 19 U 4495/85	88, 60		
OLG Oldenburg v. 27.4.1987 – 3 U 119/86	88, 89		
OLG Oldenburg v. 7.5.1987 – 1 U 211/86	88, 122		
OLG Stuttgart v. 21.5.1987 – Ss 221/87 = StB 1988, 21	88, 116 (LS)		
OLG Stuttgart v. 27.5.1987 – 8 W 134/87 = StB 1988, 20	88, 76 (LS)		
EG Hamburg v. 4.2.1986 – III 12/85 EV 73/83 = BRAK-Mitt 1987, 100	88, 116 (LS)		
LG Arnsberg v. 2.5.1988 – 5 S 260/87	88, 155		

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.